universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Die Finanzpolitik der Gemeinde Wien seit dem Jahre 1923

Käse, Edith

Innsbruck, 1930

Erster Teil: Begründung der Untersuchung und deren Aufgabe

urn:nbn:at:at-ubi:2-2941

Erster Teil: Begründung der Untersuchung und deren Aufgabe.

Finanzpolitische Fragen haben nach dem Kriege an Bedeutung gewonnen. Das findet seine Erklärung darin, dass in allen Staaten eine erhebliche Ausgabensteigerung stattgefunden hat, teils als Folge der Liquidation des Krieges, teils als Auswirkung einer veränderten Auffassung vom Staatszweck, die überall eine Tendenz zur stärkeren sozialen Fürsorge auslöste. Dieser Vermehrung der staatlichen Aufgaben und damit der Ausgaben steht aber gleichzeitig eine Schwächung der Einnahmequellen gegenüber. Bei den besiegten Staaten bedeutet der Gebietsverlust eine grosse Beeinträchtigung der Steuerkraft, ebenso die Vernichtung zahlreicher Vermögen durch die Inflation; aber auch in den Siegerstaaten ist die Steuerkraft insofern geschwächt worden, als die Prosperität der Vorkriegszeit nicht erreicht ist, und eine allgemeine Geldentwertung stattgefunden hat. So sahen sich die Finanzpolitiker der Nachkriegszeit vor die schwere Aufgabe gestellt, aus einer geschwächten, zum Teil verarmten Volkswirtschaft die Mittel zur Deckung eines gesteigerten Bedarfs aufzubringen, eine Aufgabe, die teilweise unter Hintansetzung wichtiger volkswirtschaftlicher und finanzwissenschaftlicher Postulate gelöst wurde.

Zu zeigen, wie die Gemeinde Wien nun Stellung zu dem vergrösserten Aufgabenkreis genommen hat, wie sie die Mittel zur Bedarfs-

deckung aufgebracht hat und inwieweit diese ihre Finanzpolitik theoretischen Anforderungen gerecht wird, ist Ziel vorliegender Arbeit. Die Untersuchung beginnt mit dem Jahre 1923, weil die unstabilen Währungsverhältnisse der Jahre 1919 - 1922 einen Vergleich mit den Zahlen der darauffolgenden Budgets verhindern würden.

Zweiter Teil: Zusammenhänge zwischen Kommunalpolitik und Finanzpolitik.

Die Finanzpolitik einer Gemeinde ist nicht zu behandeln ohne Darlegung ihrer Kommunalpolitik. Dabei ist es schwierig, beide Begriffe gegeneinander abzugrenzen. Manche Schriftsteller möchten die Finanzpolitik als einen Teil der Kommunalpolitik betrachten, andere wieder sehen in jeder Gemeindepolitik letzten Endes eine Finanzpolitik. Die erste Meinung wird der Bedeutung der Finanzpolitik nicht gerecht, die zweite übertreibt sie. Man wird vielmehr die Kommunalpolitik wie auch die Finanzpolitik als selbständige Gebiete gemeindlicher Tätigkeit ansehen müssen, die aber zwangsläufig miteinander verbunden sind, derart dass die eine von der anderen abhängt, beide sich gegenseitig bedingen. Denn jede Gemeindepolitik erfordert Geldmittel zu ihrer Ausführung. Ohne Rücksicht auf die Gemeindefinanzen betrieben muss sie früher oder später scheitern. Andererseits wird eine Gemeindefinanzpolitik,um ihrer selbst willen betrieben, nie fruchtbringend wirken, die Gemeinde fördern können,